

Rezensionen

Sternberg, Rolf; Behrend, Heiko; Seeger, Heike; Tamásy, Christine: Bilanz eines Booms. Wirkungsanalyse von Technologie- und Gründerzentren in Deutschland. Ergebnisse aus 108 Zentren und 1021 Unternehmen. – Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 1996. XII, 225 S., Abb., Tab., Lit.

Die Autoren haben sich zum Ziel gesetzt, die Technologie- und Gründerzentren (TGZ) in der Bundesrepublik Deutschland einer Wirkungsanalyse zu unterziehen. Diese Zielstellung ist sehr verdienstvoll, zumal in die regionalwirtschaftlichen Impulse der TGZ seit Ende der 70er Jahre große Hoffnungen gesetzt worden sind und sie mit erheblichen öffentlichen Mitteln unterstützt wurden. Sie betonen ausdrücklich, daß es sich bei vorliegender Untersuchung nicht um eine abschließende Bewertung der Effekte handeln kann, zumal in Ostdeutschland noch wenig Erfahrungen vorliegen, sie erwarten aber immerhin Entscheidungshilfen bei etwaigen Neueröffnungen von TGZ oder aber auch bei Standortentscheidungen von Gründern technologieorientierter Unternehmen. Der Adressatenkreis, an den sich die Ergebnisse richten, ist entsprechend groß: Personen in Industrie- und Handelskammern, Wirtschaftsministerien und Wirtschaftsförderungsämtern, die sich mit Technologie- und Wirtschaftsförderung auf lokaler, regionaler, nationaler oder supranationaler Ebene beschäftigen. Gleichfalls angesprochen werden tatsächliche oder potentielle Gründer technologiebasierter Unternehmen sowie die TGZ selbst.

Die zentralen Fragen der Studie lauten:

- Welchen Erfolg haben TGZ, gemessen an den Zielen ihrer Träger?
- Welchen Beitrag leisten die TGZ für die Entstehung und weitere Entwicklung technologieorientierter Unternehmen?
- Wie hoch ist ihr regionalwirtschaftlicher Nutzen?
- Welche Bestimmungsfaktoren sind für den Erfolg bzw. Mißerfolg verantwortlich?

Die Antworten auf diese Fragen basieren auf umfangreichen Erhebungen zwischen 1985 und 1994 in 108 Technologiezentren und 1021 Unternehmen. Die begriffliche Klarstellung versteht unter TGZ eine unternehmerische Standortgemeinschaft von relativ jungen und meist neu gegründeten Stammunternehmen, deren Aufenthalt befristet ist, deren betriebliche Tätigkeit vorwiegend in der Entwicklung, Produktion und Vermarktung technologisch neuer Produkte, Verfahren und Dienstleistungen liegt und die im TGZ auf ein mehr oder weniger umfangreiches Angebot an Mieträumen, Gemeinschaftseinrichtungen und Beratungsleistungen zurückgreifen können. Im empirischen Teil dominiert die erste Frage, ob die TGZ die selbstgesetzten Ziele erreicht haben. Bei der überwiegenden Anzahl der TGZ waren die Ziele „Förderung von Unternehmensgründungen“, „Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze“ und „Initiierung und Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers“ die wichtigsten.

Im folgenden werden die Ergebnisse zusammenfassend skizziert.

(1)

Aus einer regionalen Perspektive sind die Chancen der TGZ, aus ihrem regionalen Einzugsbereich heraus dauerhaft technologieorientierte Unternehmen zu akquirieren, sehr unterschiedlich. Unternehmensgründungen in technologieintensiven Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes konzentrieren sich in den Umlandkreisen der großen Agglomerationsräume, vor allem in den süddeutschen Regionen, TGZ in peripheren ländlichen Kreisen ohne adäquate FuE-Infrastruktur (Universitäten, Hochschulen, forschungsintensive Unternehmen) sind dagegen in der Akquisition benachteiligt.

(2)

Trotz der schwierigen methodischen Fragen bezüglich der regionalwirtschaftlichen Effekte und der Erfüllung der selbstgesetzten Ziele der TGZ bestätigt die empirische Analyse die bereits in der Literatur geäußerte Feststellung, daß der Beitrag der TGZ zur *Initiierung von Unternehmensgründungen* relativ gering ist. Neugründungen wären großenteils auch ohne die Existenz der Zentren erfolgt. Als Vorteile empfinden die Unternehmer viel-

mehr die „Überlebenshilfe“, konkreter: die Verfügbarkeit von Mieträumen, die Senkung der betrieblichen Fixkosten und die Kontakte zu anderen Unternehmen. Insbesondere Gründer, die nicht aus der Region kommen, geben an, daß ihre Standortentscheidung maßgeblich durch das Angebot des TGZ beeinflusst worden ist. Der überwiegende Teil der Unternehmen verbleibt nach Auszug aus dem TGZ in der TGZ-Stadt, für sie ist die Qualität des Standortes von größter Bedeutung. Von einem Standortwechsel profitieren am stärksten die Umlandgemeinden, da sich dort Unternehmen ansiedeln, denen die Verfügbarkeit preiswerter Gebäude oder Grundstücke wichtig ist. Der wichtigste Grund für einen Auszug aus dem TGZ sind fehlende Expansionsmöglichkeiten, der zweitwichtigste das Ende der Mietzeit.

(3)

Bezüglich des Ziels der *Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze* ergab die empirische Analyse, daß der quantitative Beschäftigungsbeitrag der TGZ nur gering ist und mittelfristig keine deutliche Entlastung des Arbeitsmarktes bewirken kann. Der Umfang der Beschäftigungseffekte hängt davon ab, ob es gelingt, durch den Aufenthalt im TGZ das Insolvenzrisiko der Unternehmen zu verringern und ihre Wachstumschancen zu verbessern. Als bedeutsamer sind hingegen die qualitativen Beschäftigungseffekte zu werten. Die TGZ verfügen insgesamt über ein hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten. 1993/94 verfügten 56 % der Beschäftigten über einen Hoch- oder Fachhochschulabschluß, mit zunehmendem Unternehmensalter nimmt dieser Anteil nicht ab, so daß langfristig hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden.

(4)

Bezüglich des Ziels der *Initiierung und Intensivierung von Wissens- und Technologietransfer* mußte sich die Studie auf den Transfer beschränken, den ein TGZ für seine Mieter fördern kann. Der TGZ-induzierte Wissenstransfer wird bereits dadurch beschränkt, daß viele der Neugründungen aus einem Team bestehen, das bereits über ein breites Wissensspektrum verfügt. Über eine aktive Einbindung der Mieter in regionale Netzwerke und durch den Einfluß auf die Flächen-

verfügbarkeit bei Auszug kann ein TGZ jedoch bewirken, daß das transferierbare Wissen in der Region verbleibt. Dabei wirkt sich die Nähe zu Forschungseinrichtungen positiv auf die Kontaktintensität in den Netzwerken aus. Der ungedeckte Bedarf nach Wissen zielt überwiegend auf betriebswirtschaftliche Informationen, vor allem bezüglich Marketing und Markteinführung.

(5)

Einem insgesamt positiven Fazit der TGZ bezüglich der betriebswirtschaftlichen Wirkungen steht eine vorwiegend ernüchternde Bilanz bei den regionalwirtschaftlichen Effekten gegenüber. Die hochgesteckten Erwartungen hinsichtlich direkter und indirekter Beschäftigungseffekte sowie der Initiierung und Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers in der Region haben sich in den alten Ländern kaum erfüllt. Die noch jungen TGZ in Ostdeutschland dagegen haben derzeit eine potentiell größere Bedeutung für Unternehmen und Region, da Institutionen mit konkurrierender Zielsetzung noch weitgehend fehlen.

Die Studie schließt mit einem umfangreichen Katalog von Empfehlungen, wie das Leistungsangebot der TGZ verbessert werden kann, um aus den bisherigen Erfahrungen zu lernen und Fehlentwicklungen zu vermeiden. Es bleibt zu erwähnen, daß derartige Studien, die sich eine Evaluierung von konkreten regionalpolitischen Instrumenten zum Ziel gesetzt haben, bisher als Querschnittsanalysen weitgehend fehlen. Insofern bietet die Untersuchung einen wichtigen Einblick in eine Erfolgskontrolle der TGZ und – bei allen methodischen Schwierigkeiten – in deren beschäftigungs- und regionalwirtschaftliche Effekte. Sie verdient es daher, gelobt und gelesen zu werden.

Eleonore Irmen (Bonn)

Ott, Thomas; Tiedemann, Paul: Internet für Geographen – eine praxisorientierte Einführung. – Darmstadt: Primus Verlag 1999 (erscheint unter gleichem Titel auch bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, Darmstadt)

Das Buch „Internet für Geographen“ ist Teil einer in loser Folge erscheinenden Reihe der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft (Darmstadt)/des Primus Verlages

(Darmstadt) mit Einführungen in das Internet für Interessierte verschiedener Fachrichtungen. Thomas Ott zeichnet als Geograph für die Aufbereitung des Materials für die Geographen verantwortlich, während Paul Tiedemann auch in den anderen Bänden der Reihe für die allgemeineren Abschnitte zuständig ist.

Die Gliederung teilt das Buch in drei Hauptabschnitte: Der erste Teil versucht in einem „Rundumschlag“ das Internet zu erklären. Dabei wird weder vergessen, die Geschichte des Internets anzureißen, noch die Vielfalt der unter dem Begriff Internet zusammengefaßten Dienste zu erwähnen. Sogar Hard- und Softwarevoraussetzungen werden genannt, so daß der erste Teil zunächst auch für Personen geeignet scheint, die bislang noch nicht mit dem Internet gearbeitet haben. Jedoch liegt der Schwerpunkt des Buches eben auf der Breite der Darstellung und nicht auf ihrer Tiefe, so daß für tatsächliche Einsteiger viele Fragen zur genauen Anwendung und Benutzung des Internets und der dafür nötigen Programme offen bleiben dürften.

Ohne Zweifel der wichtigste Teil des Buches ist der zweite Teil: Hier sind interessante Internet-Links thematisch geordnet aufgelistet. Auch hier wurde sehr großer Wert darauf gelegt, ein möglichst breites Spektrum aus dem Bereich der Geographie abzudecken. Dabei sind die Seiten sowohl nach traditionellen Gesichtspunkten (Anthropogeographie/Physische Geographie/Länderkunde) geordnet, geben aber auch Einblick in die neuen Möglichkeiten des Internets (z.B. Virtuelle Exkursionen). Auch Seiten mit Unterrichtsmaterialien werden in der langen Liste genannt. Hilfreich ist stets die kurze Inhaltsangabe der jeweils präsentierten Seite, in der sich hin und wieder auch noch weitere Links zu Seiten ähnlichen Inhalts finden. Weitere Themenbereiche, aus denen Seiten ausgewählt werden, sind u.a. GIS, Statistiken öffentlicher Einrichtungen und zu guter Letzt werden auch Newsgroups und Mailinglisten aufgeführt.

In der grundsätzlichen Orientierung scheint immer wieder durch, daß als Zielgruppe wohl geographisch interessierte Laien oder Geographie-Lehrer angesprochen werden sollen. Allein diese beiden Gruppen können tatsächlich von der Breite der gebotenen Informationen profitieren. Für den Fachanwender – also die Geographen außerhalb der Bildungseinrichtungen – sind die angegebenen Links

stets nur eine erste Anlaufstation, nach der nur eines hilft, nämlich „weetersurfen“. Außerdem sind viele Bereiche, in denen Geographen in der Praxis arbeiten, nicht mit in die Linkliste aufgenommen worden: Links zu Informationen zur räumlichen Planung fehlen beispielsweise völlig. Auch Informationsquellen wie Ministerien werden nicht genannt. Die vorhandenen Links jedoch waren – trotz der schnellen Veränderungen im Internet – allesamt erreichbar. Leider wurde es versäumt, dem elektronischen Anhang des Buches im Internet auch eine aktualisierte Linkliste mitzugeben.

Im dritten Teil schließlich versuchen Ott und Tiedemann in aller Kürze eine Einführung in die Erstellung von Seiten für das Internet zu geben. Man muss ihnen zugute halten, dass die komplexe Materie sehr kurz zusammengefasst ist. Dabei kann aber nicht der Anspruch erhoben werden, eine ganze Einführung in die Internet-Programmierung ersetzen zu können. Nach heutigen Gesichtspunkten allerdings sind die schmucklosen Seiten, die mit Hilfe der von Ott/Tiedemann genannten Befehle erstellt werden können, nicht mehr up-to-date, so daß die Lektüre einer umfassenden HTML-Referenz für den publikationswilligen Geographen in jedem Fall Not tut. Zudem werden an einigen Stellen sehr spezifische Probleme zur Sprache gebracht, deren Lösungswege nur unzureichend geschildert werden. Für den „Newbie“ im Internet ist dies eher verwirrend als hilfreich.

Insgesamt ist „Internet für Geographen“ eine stark komprimierte Einführung für Personen, die sich mit dem Internet auseinander setzen wollen. Aber die Kürze des Werkes wird viele Fragen zu diesem Medium offen lassen, die dann durch vertiefende Lektüre beantwortet werden müssen. Für einen ersten Einblick in das Internet und seine Komplexität ist das Buch in jedem Fall ausreichend. Wer sich aber eine Hilfe für die Suche nach Informationen für in der Praxis tätige Geographen erhofft, wird enttäuscht werden, lediglich Schulgeographen werden wirklich einen Nutzen aus der Lektüre ziehen können.

Christian Langhagen-Rohrbach (Frankfurt a.M.)

Brannolte, Ulrich; Axhausen, Kay; Dienel, Hans-Liudger; Rade, Andreas (Hrsg.): Freizeitverkehr. Innovative Analysen und Lösungsansätze in einem multidisziplinären Handlungsfeld. Dokumentation eines interdisziplinären Workshops des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am 10. und 11. Dezember 1998 im Hotel Bristol in Bonn. Hrsg.: Technische Universität Berlin. – Berlin 1999. 144 S.

Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBF) betreibt seit neuestem den Forschungsschwerpunkt „Freizeitverkehr“. Es sollen die „wissenschaftlichen Grundlagen für eine wirtschaftlich und ökologisch effizientere Gewährleistung von individueller Freizeit-Mobilität verbessert und innovative Konzepte zur Lösung konkreter Probleme des Freizeitverkehrs in ausgewählten Bereichen demonstriert werden“. Dies ist ein äußerst wichtiges Vorhaben, da einerseits der Freizeitverkehr (neben dem Urlaubsverkehr) in den letzten Jahrzehnten die stärksten Zuwachsraten aller Verkehrszwecke aufweist und andererseits die Freizeitforschung bislang ein ausgesprochenes Stiefkind der öffentlichen Forschungsförderung gewesen ist.

Vor der im Frühjahr 1999 erfolgten Ausschreibung ließ das BMBF einen interdisziplinären Workshop abhalten, um die thematischen Schwerpunkte für das Forschungsprogramm präzise herauszuarbeiten und Meinungen zur Struktur der Arbeitsgruppen zu sammeln. Vor allem sollte geprüft werden, ob die Kulturwissenschaften gemeinsam mit der Verkehrswissenschaft das Potential haben, neue Zugänge zu Erklärungsphänomenen des Freizeitverkehrs erschließen zu können.

So enthält der Band insbesondere die sechs Impulsreferate mit den Ergebnissen der sich anschließenden Diskussion. Während Kay Axhausen zunächst eine Übersicht über die Freizeitverkehrsforschung aus klassischer verkehrswissenschaftlicher Sicht bietet, bringen die anderen Autoren jeweils interessante neue Ansätze, die in der Freizeitforschung intensiver berücksichtigt werden sollten:

Der Beitrag von Hans-Liudger Dienel und Andreas Knie präsentiert einen analytischen Ansatz zur Interpretation der stark gewachsenen Freizeitmobilität als Suche nach Konstruktiven und entwickelt konkrete

Vorschläge für Raumpartnerschaften zwischen Agglomerationen und Erholungsräumen.

Peter Kiegeland leitet aus der Evolution des Menschen seinen Drang zur physischen Bewegung im Raum ab. Wichtig ist dabei, daß unterschiedliche Fortbewegungsweisen verschiedene, vielfältige Bewegungserlebnisse vermitteln; es gilt, das objektive und subjektive Bewegungserlebnis in der Freizeitforschung mitzubetrachten.

Antje Flade entwickelt ein Plädoyer für die Wahrnehmung der räumlichen Umwelten, deren subjektive Wahrnehmung durch kognitive Karten unter Berücksichtigung der Umweltästhetik ermittelt werden kann; davon hängen – so die Hypothese – in wesentlichem Maße die angestrebten Freizeitaktivitäten sowie Umfang und Art des Freizeitverkehrs ab.

Thomas Bachmann, Bertram Gawronski und Wolfgang Scholl streben an, nachdem die Schichten-Modelle mit soziodemographischen Daten nicht mehr funktionieren, über Werhaltungsgruppen das Freizeitverhalten der verschiedenen Gruppen vorherzusagen.

Schließlich plädiert Wilfried Echterhof dafür, die Motive der Freizeitmobilität genauer zu erforschen. Hier rührt er an die größte Schwäche der Freizeitforschung: Ohne die Gründe für das Freizeitverhalten des einzelnen bleiben alle Theorien auf unsicherem Boden.

Damit ist dieser Band ein höchst anregender Beitrag zur Freizeitforschung; wir dürfen gespannt sein, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse der Forschungsschwerpunkt Freizeitverkehr des BMBF erbringt.

Christoph Becker (Trier)

Becker-Marx, Kurt; Schmitz, Gottfried; Fischer, Klaus (Hrsg.): Aufbau einer Region: Raumordnung an Rhein und Neckar. – Schwetzingen: K.F. Schimper-Verlag 1999. 123 S., Abb.

Drei aufeinanderfolgende Verbandsdirektoren schreiben ein Buch über die Entwicklung ihres Verbandes. Ein seltener Glücksfall, auf diese Weise eine kompetente Darstellung der Entstehung, des Heranwachsens und der Visionen eines

Verbandes zu erhalten. Den Autoren gebührt Dank, denn eine so dichte Darstellung der Entwicklung eines Verbandes genießt Seltenheitswert.

Der Raumordnungsverband Rhein-Neckar ist ein besonders gutes Beispiel für die Mechanismen, die einem Verband Leben einhauchen und ihn dann auch am Leben erhalten; und er hat die Besonderheit, auf den Territorien dreier Bundesländer zu liegen.

Schwierig und langwierig war die Geburt, die von Kurt Becker-Marx, in der Geschichte weit zurückgreifend, sehr lebendig dargestellt wird. Schon hier wird deutlich, und das zieht sich durch das ganze Buch hindurch, wie sehr, im Gegensatz zu Staaten, Ländern und Kommunen, Regionalverbände, die nicht Teil einer Hierarchie von Verwaltungseinheiten sind, in ihrer Entwicklung von Personen abhängig sind, die von der Notwendigkeit grenzüberschreitender Planung überzeugt sind und die den Verband tragen.

Nach vielen Versuchen und Rückschlägen kam es zur Gründung einer „kommunalen Arbeitsgemeinschaft“ und schließlich 1969 zum Staatsvertrag und der Verbandsgründung.

Am Schluß seines Beitrags stellt Becker-Marx fest: „Wäre nicht statt dieser Schöpfung über die Grenzen, wie sie der Raumordnungsverband darstellt, die Eingliederung des Rhein-Neckar-Raums in ein einziges Bundesland besser gewesen? Die Frage ginge ins Abseits. Denn das eben hat der Rhein-Neckar-Raum über 150 Jahre, fünf politische Systeme und drei Neugliederungsversuche vergebens erhofft. Freilich muß der Tag kommen, an dem die politische Irregularität dieser Grenzziehung beseitigt wird. Aber darauf kann man nicht warten.“

Um die Länder zu beteiligen, war eine im Prinzip zweistufige Regionalplanung geschaffen worden, wobei sich allerdings die landesinterne Regionalplanung, soweit der Planungsraum des ROV betroffen war, an dessen grenzüberschreitende Planung anzupassen hatte.

Dieser Verband hatte eigentlich nur die Aufgabe, einen grenzüberschreitenden Regionalplan zu erstellen und die sich aus dem Plan ergebenden gemeinsamen Belange zu vertreten.

Gottfried Schmitz beschreibt aber die „Regionale Planung als Grundlage regionaler Kooperationsaufgaben“. Folgerichtig war das Ergebnis der Arbeit des Ver-

bandes dann auch weit mehr als nur die Planung. Vielmehr war unter „Ausschöpfung der rechtlichen Grundlagen über die Jahre ein „Planungs- und Organisationsverbund“ entstanden.

Die erfolgreiche Wahrnehmung der eigentlichen Aufgabe, einen Plan zu erstellen und fortzuschreiben, erscheint dann fast nachrangig gegenüber der Organisation der „Kooperationsaufgaben“, wie der Neuorganisation des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs, der regionalen Abfallwirtschaft und der regionalen Standortwerbung, die unter dem Dach des ROV entwickelt wurden, wörtlich: die „Verankerung der notwendigen Koordinierungsfunktionen in einer gemeinsamen Verwaltungseinheit beim Raumordnungsverband, der die konzeptionelle planerische Arbeit besorgt und die regionalpolitischen Initiativen vorbereitet und umsetzt“.

In einer „Chronik der Kooperationsbemühungen unter besonderer Berücksichtigung der Beiträge des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar (ROV)“ zeigt Schmitz am Beispiel Öffentlicher Personennahverkehr die Entwicklung dieser Aufgabe aus dem Raumordnungsplan heraus, aus bescheidenen Anfängen bis schließlich zum Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN).

Die Gründung des Arbeitskreises „Rhein-Neckar-Dreieck e.V.“ führte zu einer neuen Qualität regionaler Zusammenarbeit, durch die Bündelung von Initiativen aus Kreisen der Wirtschaft, der regionalen Verbände, der Kommunen, der Unternehmen und der regionalen Institutionen des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens. Schmitz verweist damit auf die Aufgaben, die vor dem Verband liegen, um im Europa der Regionen seinen Platz zu behaupten.

„Die zukünftigen Handlungserfordernisse“ leitet Klaus Fischer mit dem Satz ein: „Raumordnung in der Region Rhein-Neckar ist vorweggenommene Zukunft.“ Er beschreibt das Spannungsverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Haltung der verantwortlichen Politiker und leitet daraus den Zwang zu interkommunalem Handeln ab.

Zunehmende Bevölkerungsdichte, mehr räumliche und funktionelle und vergrößerte institutionelle Abhängigkeiten, neue Konfliktpotentiale, auseinanderklaffende Planungs- und Durchführungsebenen werden von ihm als Entwicklungslinien dargestellt.

Fischer will die in der Vergangenheit und Gegenwart erfolgreich bewältigten Kooperationsaufgaben in die Zukunft fortführen. An drei ausgewählten Planungsfällen werden dann die Zukunftsaufgaben der Region Rhein-Neckar dargestellt. Zum Schluß definiert Fischer die zukünftige Aufgabenwahrnehmung:

- Verstärkung der weichen Verfahren, insbesondere Aufspüren von neuen Koordinations- und Kooperationsmöglichkeiten;
- Auffinden von verbesserten Realisierungsstrategien im Sinne von „Strategischen Allianzen“;
- Reduktion auf das planerisch Notwendige und Spezifische;
- Beschränkung auf eine problem- und handlungsorientierte Planung; stärkere Maßnahme- und Projektorientierung;
- Verknüpfung von Planungs- und Durchführungskompetenz sowie Verschneidung von Planungskonzepten mit Realisierungsstrategien; d.h. auch Flexibilität in den Planungsebenen;
- mehr Planungsmanagement und Planungsmarketing, vor allem eine Verstärkung der „höheren Verwaltungskunst“ gegenüber den normalen Verwaltungsverfahren, den eingeübten Planungsstrukturen und den hierarchisch organisierten Durchsetzungsprozessen.

In mancher Hinsicht hat der Raumordnungsverband Rhein-Neckar Modellcharakter gewonnen. Vor allem die Tatsache, daß der Verband mit seinen heute vielfältigen Aufgaben von unten her, d.h. von den Kommunen so gewünscht und allmählich aufgebaut worden ist, ist ein lehrreiches Beispiel für ähnliche Vorhaben.

Alexander von Hesler (Bad Homburg)

Helmer, Friedhelm; Friese, Christian; Kollros, Heike; Krumbein, Wolfgang: Mythos Netzwerke. Regionale Innovationsprozesse zwischen Kontinuität und Wandel. – Berlin: Edition Sigma 1999

Das vorliegende Buch behandelt solche Theorien bzw. Konzepte, die eine große Bedeutung von Kooperationsbeziehungen und von „Netzwerken“ für regionale Innovationsprozesse behaupten. Derartige Konzepte stehen seit Jahren im Zen-

trum der regionalwissenschaftlichen Diskussion. Aufbauend auf einem Überblick über die Netzwerk-Ansätze und entsprechende Hypothesen wird von empirischen Erhebungen berichtet, die darauf abzielen, verschiedene Thesen zum Einfluss von Netzwerken auf das Innovationsgeschehen einer empirischen Prüfung zu unterziehen. Eine wesentliche Besonderheit gegenüber anderen Arbeiten besteht dabei darin, dass sich die empirischen Analysen nicht, wie in den meisten entsprechenden Untersuchungen, auf High-tech-Regionen, sondern auf „Normalregionen“ beziehen, die durch ihre ökonomische Entwicklung, insbesondere hinsichtlich ihrer Innovationsleistung, nicht besonders positiv oder negativ hervortreten. Konkret handelt es sich um die Regionen „Oldenburger Land“ und „Süd-niedersachsen“. Die empirische Basis besteht aus 37 „leitfadengestützten halb-offenen Experteninterviews“ mit Vertretern aus Unternehmen der beiden Untersuchungsregionen, 34 Gesprächen mit Akteuren aus Kommunalverwaltungen, Kammern, Wirtschaftsförderungseinrichtungen, Transferstellen und Verbänden sowie Informationen aus der Beteiligung an Sitzungen regional tätiger Organisationen (z.B. Regionalverband).

Auf der Grundlage ihrer Untersuchungen kommen die Verfasser zu dem Schluss, dass Kooperationsbeziehungen und Netzwerke für Innovationsaktivitäten in den beiden Analyse-Regionen weitgehend unbedeutend sein müssen, weil solche Beziehungen nur in sehr geringem Ausmaß identifiziert werden konnten. Dies gelte insbesondere für Kooperationen auf regionaler Ebene: „Eine regionale ‚social embeddedness‘ der innovationsrelevanten Akteure ist nicht relevant“ (S. 175). Und: „Im Gegenteil muß man eine weitgehende Entkoppelung von räumlicher Nähe und Face-to-face-Kontakten konstatieren“ (S. 255). Aussagen, die in ihrer Radikalität provozieren und die wohl begründet sein wollen, zumal sie in krassem Gegensatz zu den Ergebnissen diverser anderer Untersuchungen stehen.

Wer einmal selbst an empirischen Analysen von Kooperationsbeziehungen und Netzwerken mitgearbeitet hat, der weiß, wie schwierig die adäquate Erfassung solcher Beziehungen ist. Wenn man - wie dies für die vorliegende Studie der Fall ist - nur sehr wenig an solchen Beziehungen findet, dann könnte dies eventuell mit daran liegen, dass hier nicht die Optik zum Einsatz kam, die für eine Erfassung von

Netzwerken bzw. Kooperationsbeziehungen angemessen wäre. Leider enthält das Buch weder die Fragebögen bzw. Interviewleitfäden noch kann auf andere Weise aus dem Text einigermaßen eindeutig darauf geschlossen werden, was überhaupt erhoben wurde, wie gefragt wurde und ob die Art und Weise der Befragung dem Thema adäquat war. Allein schon deshalb, weil solche wesentlichen Informationen fehlen, ist das Hauptergebnis der Studie – die lokalen Netzwerke sind nur sehr schwach ausgeprägt und daher wenig relevant – mit großer Vorsicht zu betrachten. Darüber hinaus läßt die geringe Fallzahl der befragten Unternehmen bzw. „Experten“ keine Verallgemeinerungen der Art zu, wie sie sich zu Hauf in dem Buch finden. Hier wäre doch sehr viel mehr Zurückhaltung bei der Interpretation der Befunde angebracht.

Unabhängig von den angreifbaren und wenig überzeugenden Ergebnissen des empirischen Teils könnte doch der ca. 100 Seiten umfassende Theorieteil des Buches dazu dienen, sich einen Überblick über das Themengebiet zu verschaffen und Hinweise auf weiterführende Literatur zu finden. Leider zeichnet sich die Darstellungsweise hier nicht gerade durch besondere Klarheit oder Übersichtlichkeit aus. Zudem enthält der Text eine Reihe von recht zweifelhaften Aussagen. Beispielsweise ist die eher beiläufig und weitgehend ohne Begründung aufgeworfene Behauptung „Der Wettlauf im Hinblick auf die Förderung regionaler Innovationsfähigkeit erweist sich daher gerade unter der aktuellen ökonomischen Stagnationsphase als ein Nullsummenspiel“ (S. 50), gelinde gesagt, äußerst fragwürdig und negiert den in diversen empirischen Untersuchungen hinreichend belegten Beitrag von Innovationen zum wirtschaftlichen Wachstum. Auch viele Aussagen zu den Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft (S. 15–27) sind in ihrer Einseitigkeit recht dubios. Als Fundstelle für Literatur erscheint mir das Buch wenig vertrauenssichernd zu sein. Denn wenn sich etwa nach einem längeren wörtlichen Zitat aus dem Aufsatz von Charles Sabel „Flexible Specialization and the Re-emergence of Regional Economies“ die Quellenangabe „zitiert nach“ findet (S. 46), so ist dies ein deutlicher Hinweis darauf, dass diese für das Thema des Buches nun wirklich grundlegende Quelle gar nicht im Original zur Kenntnis genommen wurde.

Der Beitrag des Buches besteht in einigen empirischen Befunden, die im Wider-

spruch zu vielen anderen Studien stehen. Die Verallgemeinerbarkeit bzw. Relevanz dieser Ergebnisse ist fragwürdig; ihr Zustandekommen ist für den Leser nicht nachvollziehbar. Für einen auf dem Gebiet arbeitenden Forscher mag es von Interesse sein, diese Befunde zur Kenntnis zu nehmen. Einem breiteren Publikum kann ich die Lektüre nicht empfehlen.

Michael Fritsch (Freiburg)

Pauleit, Stephan: Das Umweltwirkgefüge städtischer Siedlungsstrukturen. Darstellung des städtischen Ökosystems durch eine Strukturtypenkartierung zur Bestimmung von Umweltqualitätszielen für die Stadtplanung. = Landschaftsökologie Weihenstephan (1998) H. 12, 153 S. (= Diss. Technische Universität München 1998)

Stephan Pauleit will mit seiner Arbeit einen methodischen Ansatz vorstellen, der es ermöglicht, das komplexe Wirkungsgefüge einer Stadt planungsrelevant abzubilden und auf dieser Basis konkrete Umweltqualitätsziele für eine nachhaltige Entwicklung abzuleiten. Als Grundlage dieses ambitionierten Vorhabens dient eine siedlungsstrukturelle Gliederung, deren Korrelation mit ökologisch-funktionalen Einheiten einerseits und mit ökonomisch-sozialen Bedingungen andererseits untersucht werden soll. Der Autor erwartet Aufschluß über bestehende Umweltbelastungen in bestimmten Strukturtypen sowie über positive Eigenschaften, die als quantitative Zielvorgaben für die Stadtplanung genutzt werden können. Zudem soll die Eignung des Strukturtypenkonzepts für die Beurteilung zukünftiger städtebaulicher Entwicklung abgeschätzt werden. Die Arbeit umfaßt eine praktische Erprobung des Ansatzes für eine Ausschnitt des Münchner Stadtgebiets.

Der Autor stellt einleitend seine Vorüberlegungen und sein Herangehen dar. Der Theorieteil erscheint dabei allerdings recht losgelöst von der übrigen Studie; auch gehen die Schlußfolgerungen für die anschließende Untersuchung über eine Wiederholung der in der Einführung genannten Ziele und Konzepte kaum hinaus. Die Methode der Strukturtypenkartierung sowie ihre statistische Auswertung

bleiben in der Darstellung relativ oberflächlich. So wird beispielsweise nicht diskutiert, inwieweit die Art der Typisierung von Struktureinheiten die Eignung der resultierenden Typen für aufsetzende Analysen beeinflusst. Für eine Untersuchung, in deren Mittelpunkt gerade dieser Raumgliederungsansatz steht, wäre eine solche Betrachtung jedoch wünschenswert gewesen. Bereits an dieser Stelle der Lektüre werden zudem methodische Probleme deutlich, die den Leser die Gültigkeit der nachfolgenden Ergebnisse in Zweifel ziehen lassen: Eine Verknüpfung von Daten verschiedenster Quellen und räumlicher Bezüge bildet eine nur wenig transparent werdende Datenbasis für die anschließende Analyse. Darüber hinaus treten offensichtliche Bezugsfehler auf, die aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen des Untersuchungsraums und seiner Untereinheiten durch den Autor und andere Quellen zustande kommen und auf z. T. recht gewagte Weise durch Schätzungen ausgeglichen werden.

Die Ergebnisdarstellung der Studie selbst gliedert sich in vier Teile: Auf eine allgemeine statistische Auswertung der in den Strukturtypen anzutreffenden Merkmale (z.B. Flächenanteile von Typen, Versiegelungsgrad, Bebauungsgrad, Korrelation von Merkmalen) folgt die Analyse dieser Eigenschaften im Hinblick auf die Beschreibung der ökologischen Teilsysteme Klima, Hydrologie und Nutzenergie. Diese beinhaltet jeweils die Erläuterung der derzeit charakteristischen Ausprägung für die ermittelten Strukturtypen, einen Ansatz zur Quantifizierung von Zielvorgaben für die Stadtplanung sowie ein Beispiel für die Voraussage ökologischer Auswirkungen städtebaulicher Entwicklungen. Die Darstellung der statistischen Auswertungen nimmt dabei so viel Raum ein, daß es dem Leser nur mühsam gelingt, den Überblick zu wahren. Eine Aufteilung der Ergebnisdarstellung in einen ausführlichen Anhang und eine kurze, aber durchweg begründete und interpretierte textliche Erläuterung hätte das Werk wohlthuend entfrachtet. Die Erkenntnisse der statistischen Bemühungen erscheinen darüber hinaus im Vergleich zum Aufwand recht banal: So sind die festgestellten Korrelationen von Flächenmerkmalen mit ökologischen Eigenschaften nicht neu und teilweise bereits aus der Literatur quantitativ bekannt. Die Ableitung von Umweltqualitätszielen und -standards reduziert sich zudem allein auf mediale Einzelaspekte, die nicht im räumlichen Gesamtkontext der Stadt betrachtet

werden. Die Planungsrelevanz dieser Art von Ergebnissen darf bezweifelt werden.

Bedauerlicherweise bleibt der Autor eine Antwort auf diverse Fragen schuldig, die sich angesichts der – von ihm selbst als z. T. grob eingeschätzten – Ergebnisse aufdrängen: Welchen Mehrwert besitzen rechnerisch ermittelte, aber schlecht abgesicherte Ziele gegenüber rein politisch gesetzten Zielaussagen? Ist ihre Überzeugungskraft infolge erhöhten Technikeinsatzes (Ermittlung mittels Statistikprogramm, Visualisierung mittels GIS) größer oder angesichts der in den letzten Jahren veränderten Planungs- und Steuerungsformen, die prozessuales Denken und Beteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen umfassen, eher problematischer und wenig zeitgemäß? Welche planerische Relevanz können Zahlenwerte besitzen, in denen sich ein offensichtlicher Fehler oder eine Ungenauigkeit der Ausgangsdaten durch wiederholte Rechenoperationen und Bezugssystemwechsel fortpflanzt?

Auch in der abschließenden Diskussion der Studie verzichtet Stephan Pauleit weitgehend auf eine kritische Betrachtung des eigenen Vorgehens. Zwar erwähnt der Autor die Notwendigkeit, aus der von ihm vorgestellten Herangehensweise resultierende Zielkonflikte einzelfallbezogen zu thematisieren, im übrigen wiederholt sich an dieser Stelle jedoch die eher populärwissenschaftlich anmutende Aufzählung von Schlagworten und Notwendigkeitsbekundungen, die sich bereits in den Eingangskapiteln finden, ergänzt um eine umfangreiche Aufzählung weiteren Datenbedarfs für verfeinerte Zielbildungen.

Die Lektüre läßt den Leser im ganzen recht ratlos zurück. Die vom Autor selbst gesteckten Ziele erscheinen nur bedingt erreicht, die aufgeworfenen Fragen nicht beantwortet. Als Fazit bleibt die Einsicht zurück, daß quantitative Bestimmungen nicht zwangsläufig auch die Qualität der Erkenntnis erhöhen.

Barbara Knickrehm (Hannover)

Wiechmann, Thorsten: Vom Plan zum Diskurs? Anforderungsprofil, Aufgabenspektrum und Organisation regionaler Planung in Deutschland. – Baden-Baden: Nomos Verlagsges. 1998. 335 S., Kt., Abb., Tab. = Nomos Universitätschriften: Politik, Bd. 89

Fast zeitgleich mit der Veröffentlichung des Grundrisses der Landes- und Regionalplanung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, der eine Gesamtdarstellung der Aufgaben, Methoden und Instrumente der Raumplanung auf Landes- und Regionalebene enthält und im Schlusskapitel die Frage nach ihrer Zukunftstauglichkeit aufwirft, erschien quasi als eine vorweggenommene Antwort das Buch von Thorsten Wiechmann. Es enthält die Ergebnisse einer dreijährigen Forschungsarbeit über die gewollten und tatsächlichen Steuerungswirkungen regionaler Planung. Dazu liefert der Verfasser einen theoretischen und historischen Ableitungszusammenhang, eine Darstellung der Aufgaben und des Umfeldes regionaler Planung, eine vergleichende Erfassung von Anspruch und Wirklichkeit in sechzehn Referenzregionen und schließlich in den Schlussfolgerungen auch konzeptionelle Ansätze zu einem modernen Anforderungsprofil regionaler Planung als Instrument regionaler Raumentwicklung.

Mangels einer allgemein gültigen Theorie der Raum- bzw. Regionalentwicklung, des Wirkungszusammenhangs von natürlichen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Lagebedingungen, der einschlägigen gesellschaftlichen Kräfte, der politischen Strukturen und der Vielfalt der institutionellen Verantwortungsträger dient zur theoretischen „Einbettung“ der Untersuchung der in jüngster Zeit auch international diskutierte Ansatz der sog. Regulationsschule. Diese wurde auch vor allem in der deutschen Geographie rezipiert. Der Verfasser versteht sie als einen überzeugenden Ansatz, die Entwicklung der Regionalplanung in einen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu bringen. Es wird ihr allerdings von anderen Autoren bescheinigt, dass sie versucht, den wirtschaftlichen und sozialen Wandel mehr zu beschreiben als dass sie ihn zu erklären vermag. Der Entwicklungszusammenhang wird dabei in den Wechselwirkungen von Produktionsstruktur und

Konsummustern einerseits (Akkumulationsregime) und den Arten der Koordination und den Koordinationsinstitutionen andererseits (Regulationsweise) gesehen. Die spannende Frage bleibt, durch welche regionalpolitischen Maßnahmen können „Akkumulationsstruktur“ und „Regulationsweise“ stabilisiert werden? Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, legt die Regulationstheorie den Schluß nahe, bei der Weiterentwicklung der Regionalplanung eher auf netzartige, diskursive Kooperationsformen zu setzen. Dagegen liefert sie aber wenige bis gar keine Kriterien für einen tragfähigen Institutionenbegriff.

Der Rückgriff auf die Entstehungsgeschichte der regionalen Raumordnung seit Anfang dieses Jahrhunderts erklärt überzeugend die Vielfalt der heutigen Formen regionaler Planung im System räumlicher Planung. Die Charakterisierung von vier Entwicklungsphasen regionaler Raumordnung (interkommunale Planung 1910–1933, reichseinheitliche Institutionalisierung 1933–1944, Konsolidierung „von unten“ 1945–1965, flächendeckende Raumordnung seit dem Bundesraumordnungsgesetz von 1965) erweckt den Anschein einer in etwa gleich verlaufenden Entwicklung in den Ländern und führt zwangsläufig zu der Frage, ob wir uns zz. in einer fünften Phase befinden. Die schwierige und im Wesentlichen zutreffende Darstellung der häufig geänderten Organisation der Regionalplanung in den Ländern, ihrer zwiespältigen Rolle als Bindeglied und Mittler zwischen großräumigen Vorgaben von Raumordnung und Landesplanung und kleinräumigen, örtlichen Entwicklungserfordernissen, zwischen gesamtplanerischen und fachplanerischen Belangen und ihr wechselndes Ansehen im Machtgeflecht der Institutionen führt zwangsläufig zur Frage nach den Defiziten einer verrechtlichten, institutionell verfassten, also einer legalistischen Form einer an sich auf Kooperation angelegten regionalen Planung.

Die gründliche und gut belegte Analyse – dies gilt übrigens für die gesamte Arbeit – des erreichten Standes, der gleichwohl zahlreichen Probleme und der realistischen Perspektiven der regionalen Planung dient dazu, das Profil der Region als Umsetzungsebene raumordnerischer Aktivitäten herauszuarbeiten. Dazu werden auch die einschlägigen fachlichen Veröffentlichungen über einen beachtlichen längeren Zeitraum herangezogen.

Nicht zu kurz kommt auch die Betrachtung der Schwächen und der Kritik an den planerischen Kompetenzen, an der Koordinationsleistung und an der Durchsetzungskraft der Regionalplanung und schließlich auch ihrer Organisationsformen. Dazu werden auch die in der Planungspraxis vertretenen unterschiedlichen Auffassungen an Hand der Befragungen in sechzehn Referenzregionen ausführlich referiert und abgewogen, was bei den bemerkenswert offenen Urteilen und Selbsteinschätzungen auch geboten erscheint. Eine an sich auch notwendige Auseinandersetzung mit den einzelnen Planelementen, mit ihren beabsichtigten und tatsächlichen Wirkungen in der regionalen Raumentwicklung hätte wohl endgültig den Rahmen der Untersuchung gesprengt.

Zu den grundlegenden Problemen rechnet der Verfasser mit Recht den in fast jeder Hinsicht ungeklärten Begriff der Region, dessen Unbestimmtheit – nicht nur nach Meinung des Verfassers – seiner Popularität nicht geschadet hat. Andererseits hat in der raumordnerischen Praxis die oft als leidig empfundene Diskussion über die „richtige“ Region bzw. die richtige territoriale Abgrenzung von Regionen die Spannungen eher verstärkt als zur Klärung beigetragen. Die Gegenüberstellung von „wahren“ Regionen und „multiregionalen“ Räumen führt zwangsläufig zu Widersprüchen zwischen der „aus pragmatischen und juristischen Gründen wohl auch weiterhin unumgänglichen territorialen Abgrenzung normativer Planungsregionen“ und „einem flexiblen, problem- und aufgabenorientierten Regionsbegriff“. Zu Recht liegt ein inhaltlicher Schwerpunkt der Untersuchung in der Frage nach einer effektiven Kombination von territorialen Planungsregionen und dynamischen Aufgabenregionen.

In seinen Schlussfolgerungen für eine kooperative Regionalpolitik bestätigt der Verfasser die in der Fachöffentlichkeit bestehende weitgehende Einigkeit, dass „eine konsensorientierte, auf den regionalen Dialog setzende Planung entscheidend dazu beitragen kann, die Regionalplanung flexibler, akzeptierter und effektiver zu machen. Diskurs lautet das planerische Paradigma der Gegenwart.“ Dazu differenziert er zur Optimierung regionaler Planung fünf zentrale Zielbereiche, die auch Konsequenzen für eine adäquate Organisation der Region haben

sollen, nämlich die Sicherstellung der Akzeptanz ihrer Planungen und Maßnahmen, die bessere Einflussnahme auf den Vollzug raumwirksamer Maßnahmen, die Harmonisierung des extrem bunten Spektrums regionaler Planung, die Ergänzung der unverzichtbaren Regionalpläne (Regionale Raumordnungspläne) durch flexible regionale Entwicklungs- und Handlungskonzepte und schließlich ihre Verknüpfung mit der regionalen Struktur- und Umweltpolitik gemäß der raumordnerischen Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung. Davon bleibt auch nicht das Selbstverständnis des Regionalplaners unberührt, der sich nicht nur als Planer gemäß Auftrag, sondern auch als Konfliktlotse und Regionalmanager verstehen soll, entsprechend den drei Säulen der Aufgabenstellung der Regionalplanung: Konzeption, Koordination und Kooperation.

Abgerundet wird das Werk durch einen in sich schlüssigen Vorschlag für ein Szenario einer zeitgemäßen Organisation der Regionalplanung, das bei allen um die Weiterentwicklung der Regionalplanung bemühten praktizierenden Planern, verantwortlichen Politikern und konstruktiven Wissenschaftlern Beachtung verdient.

Gottfried Schmitz (Mainz)

DSSW-Leitfaden: Strategien zur Entwicklung von Brachflächen.
Hrsg.: Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Bonn. – Bonn o.J. (1998). 40 S., Abb., Tab., Anh. = DSSW-Schriften 27

Brachflächen stellen sowohl ein Potential für die städtebauliche Neuordnung und Funktionsanreicherung als auch Probleme für die Stadtentwicklung dar.

In den neuen Bundesländern wurden vor allem ehemals gewerblich genutzte Flächen und Konversionsflächen im Rahmen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anpassungsprozesses in sehr kurzer Zeit in erheblichen Umfang frei gesetzt. Es handelt sich um Flächen mit verschiedenen Problemen und Voraussetzungen, was ihre städtebauliche Verwertung anbelangt.

Der Umgang mit diesen Flächen erweist deshalb als schwierig, weil

- ein sehr großer Teil der Flächen mit Altlasten belastet ist, wobei über den Grad der Belastung vielfach Unkenntnis herrscht,
- noch vorhandene Gebäudeteile abgerissen werden müssen oder Umbauten notwendig werden,
- die ggf. noch vorhandene Infrastruktur geprüft, erneuert, erweitert oder auch entfernt werden muß.

Von daher ist es verständlich, wenn vor allem kleinere Kommunen gegenüber der Brachflächenentwicklung eine große Zurückhaltung an den Tag legen und lieber die unkompliziertere, weniger kostenintensive und zügigere Ausweisung von baulich nutzbaren Flächen auf der „grünen Wiese“ bevorzugen.

Angesichts dieser Probleme wurde vom DSSW gemeinsam mit der empirica-Wirtschaftsforschung und Beratung und der Deutschen Bau- und Grundstücks AG ein Leitfaden zum Umgang mit Brachflächen entwickelt. Er soll den Gemeinden Hilfestellung bieten.

Der Leitfaden enthält Grundsätze für den Umgang mit Brachflächen auf kommunaler Ebene; er benennt die wesentlichen Schritte zum Aufbau eines Informationsrasters über Größe und Eignung von Brachflächen, befaßt sich mit der Immobilien- und Grundstücksmarktsituation, mit Fragen, wie Entwicklungschancen und Hemmnisse von Brachflächen bestimmt werden können, und enthält Bewertungsansätze für Brachflächen. Letztere beruhen u.a. auf einfachen Kalkulationsverfahren des Wertes für die Nutzung von Brachflächen als Bauland.

Wichtig sind Strategieansätze zur Entwicklung von Brachflächen im Rahmen (stadt-)planerischer Zielvorstellungen. Schließlich enthält der Leitfaden eine Übersicht zur Typisierung von Wettbewerbsverfahren bei der Grundstücksvermarktung.

Sehr wertvoll ist ein Überblick über die Förderprogramme des Bundes, der EU und der Länder, die für die Brachflächenentwicklung genutzt werden können.

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß der übersichtliche Leitfaden den Kommunen – nicht nur in den neuen Ländern – eine wertvolle Hilfe für die bei der Entwicklung von Brachflächen bietet.

Helmut Güttler, Bonn

DSSW-Leitfaden: Kundenorientierte Dienstleistungen zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt. Planersocietät-Stadtplanung. Verkehrsplanung und Forschung. Hrsg.: Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW) im Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V., Bonn. – Bonn o.J. (1998). 50 S., Kt., Abb., Tab., Anh., Lit. = DSSW-Schriften 28

Neben der Angebotsvielfalt und -qualität, den örtlichen Gegebenheiten, der Multifunktionalität, Einkaufsatmosphäre und Aufenthaltsqualität ist die Erreichbarkeit der Innenstadt ein wesentlicher Faktor ihrer Attraktivität.

Hierbei bieten sich neben kommunalen Verkehrsmaßnahmen für den Handel selbst Möglichkeiten, die Erreichbarkeit der Innenstadt durch kundenorientierte Dienstleistungen zu verbessern. Hier setzt der zusammen mit der Planersocietät Dortmund erarbeitete Leitfaden des DSSW an.

In ihm werden positive Beispiele für integrierte Verkehrs- und Service-Konzepte für die Innenstädte vorgestellt. Es werden Möglichkeiten zur Verbesserung der Erreichbarkeit der Innenstadt und eine Vielzahl von Service- und Dienstleistungen des Handels aufgezeigt und an praktischen Beispielen aus Kommunen verdeutlicht.

Der Leitfaden befasst sich in drei Kapiteln mit den verkehrsplanerischen Aspekten der Erreichbarkeit von Innenstädten, u.a. Verbesserung der Erreichbarkeit mit dem motorisierten Individualverkehr, mit dem öffentlichen Personennahverkehr, Rad- und Fußgängerverkehr, Waren- und Dienstleistungsverkehr sowie „Erreichbarkeitsmarketing“. Hierunter versteht der Leitfaden das Ziel, Erreichbarkeitsqualitäten, die subjektiv wahrgenommen werden, positiv zu vermarkten.

Von ebenso großer Bedeutung ist die Verbesserung kundenorientierter Service- und Dienstleistungen. Der Leitfaden bietet hierzu zahlreiche Beispiele für unterschiedliche Service-Kategorien.

Als ein Schlüsselproblem für die Attraktivität der Innenstadt werden auch die – wieder verstärkt in die öffentliche Diskussion gelangten – Ladenöffnungszeiten angesehen.

Im Kapitel 3 „Handlungsempfehlungen“ werden

- Kopplungsmöglichkeiten und Zusammenwirken verkehrlicher Konzepte,
- die Anforderungen an kundenbezogene Dienstleistungen und
- Servicekonzepte

näher behandelt.

Hilfreich sind die Anhänge in der Veröffentlichung; sie enthalten Checklisten zu Service- und Dienstleistungen, zur Zusammenarbeit zwischen den Akteuren und zu Kombinationsmöglichkeiten unterschiedlicher Maßnahmen.

Ein ausführlicher Literaturanhang verweist auf zahlreiche Veröffentlichungen, die weiterführende Informationen geben.

Der Leitfaden wendet sich insbesondere an Händler und Händlergemeinschaften, die ihre kundenorientierten Service- und Dienstleistungen optimieren und vermarkten, und an Kommunen, die dabei unterstützend tätig werden möchten.

Helmut Güttler (Bonn)

INURA (Hrsg.): Possible Urban Worlds. Urban Strategies at the End of the 20th Century. – Basel: Birkhäuser Verlag 1998. 268 S., Kt., Abb., Tab., Lit.

Das *International Network for Urban Research and Action* (INURA) ist eine regierungsunabhängige „non-profit“-Organisation. Sie bringt Theoretiker wie Praktiker aus Architektur und Stadtplanung in konkreten Projekten zusammen. Die *Möglichen Urbanen Welten*, die das Buch in Fallbeispielen vorstellt, gelten im Alltag der Stadtplanung entweder als defizitär, randständig, oder zuweilen gar als lokale Entwicklungshindernisse – die Wagenburgen der sonst Obdachlosen, die besetzten, sonst leerstehenden Industrieanlagen, die alternativen Jugendzentren...

INURA präsentiert diese Beispiele anders: als Potenziale, als mögliche Alternativentwürfe einer städtischen Zukunft, als Keimzellen einer anderen Stadtentwicklung, die den Bedürfnissen der weniger zahlungskräftigen, örtlich stärker als andere gebundenen Bevölkerungsgruppen besser entspräche. Direkte Aktion, Lokale Ökonomie und Sozial- wie Umwelt-

gerechtigkeit sind die zentralen Bezüge. Was für die einen eher als soziale Problemgruppen der Stadtentwicklung oder Rest- und Ausweichflächen zählen mag, ist für INURA Anlass für alternative, lokal maßgeschneiderte (Froessler) Lösungen der großen ökologischen und sozialen Probleme, die Vorbildfunktion haben sollen: der Band versammelt *good practices* einer alternativen, soziale und ökologisch orientierten Stadtplanung („*building local places in a global world*“).

Das Buch spannt – besonders in seinen theoretischen Beiträgen – einen weiten Bogen: zwischen den zunehmend weltumspannenden Wirtschaftsbeziehungen und der Zukunft der lokalen Ökonomie. Ob seine Beispiele diesen weiten Bogen tragen und „Horizonte abstecken“, wie es die Abschlussdiskussion behauptet? Man mag dies bezweifeln. Anregendes und instruktives Fallmaterial für Architekten, Planer und Sozialarbeiter und Stadtentwickler hält das Buch jedoch allemal bereit.

Uwe-Jens Walther